

Italien*

GIANNI BONVICINI

Italien präsentierte sich bei der turnusgemäßen Übernahme des Vorsitzes des EG-Ministerrates im ersten Halbjahr 1985 in einer politisch ungewöhnlich stabilen Situation und einer Phase des sicheren wirtschaftlichen Aufschwungs. Zur Förderung der Stabilität des politischen Klimas hatten vornehmlich drei bedeutsame Ereignisse im Laufe des Jahres 1985 beigetragen.

Das erste war das gute Wahlergebnis, das die Parteien der Regierungskoalition (Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale) bei den Regionalwahlen vom 12.–13. Mai 1985 erzielt hatten. In den 15 Regionen, in denen gewählt wurde, behauptete die *Democrazia Cristiana* ihre Rolle als führende Partei, während die größte Oppositionspartei, die Kommunistische Partei Italiens, Stimmeneinbußen hinnehmen mußte sowohl gegenüber den vorangegangenen Wahlen von 1980 als auch, und insbesondere, im Vergleich zu dem überraschenden Ausgang der Wahlen zum Europa-Parlament 1984, als die KPI zum ersten Male in der Geschichte der Republik die stärkste italienische Partei geworden war¹. Die Mai-Wahlen zeigten also eine umgekehrte Tendenz gegenüber dem Trend der letzten Jahre. Verglichen mit den Wahlergebnissen von 1980 erhielt die DC 35 % der Stimmen (damals 36,8 %), die KPI 30,2 % (seinerzeit 31,5 %) und die Sozialistische Partei 13,3 % (12,7 %). Des weiteren verlor die Kommunistische Partei ihre Mehrheit in einigen Großstädten, so beispielsweise in Rom, und konnte auch ihr Bündnis mit der Sozialistischen Partei auf regionaler Regierungsebene nicht aufrechterhalten. Diese Ergebnisse gaben der Regierungskoalition neuen Auftrieb und eröffneten der schwierigen gemeinsamen Arbeit gewisse Zukunftsperspektiven.

Das zweite Ereignis von entscheidender Bedeutung für die Stärkung der Beziehungen zwischen den Regierungsparteien war das von der KPI beantragte Volksbegehren vom 9.–10. Juni 1985 zur Abschaffung des vom Parlament im Jahr zuvor verabschiedeten Dekretes über die Höchstgrenze der sog. ‚scala mobile‘ (ein System der automatischen Lohnanpassung bei Verteuerung der Lebenshaltungskosten). Obgleich es sich hierbei um eine überaus heikle Frage handelte und trotz der Schwierigkeit, die Wähler davon zu überzeugen, auf die mögliche Wiedereinführung der alten ‚scala mobile‘ zu verzichten, gelang es

* Übersetzung aus dem Italienischen von Eva Rosina Braun, italienische Botschaft in Bonn.

den Regierungsparteien mit 54,3 % der Stimmen das von der KPI angeregte Referendum für sich zu entscheiden. Vor allem Ministerpräsident Bettino Craxi setzte sich nach Kräften im Wahlkampf ein, und das Ergebnis belohnte ihn, stärkte seine Position als Regierungschef und Führer der Sozialistischen Partei.

Das dritte Ereignis betrifft die Wahl des Präsidenten der Republik am 3. Juli 1985. Drei entscheidende Faktoren sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Zum ersten, daß die Sozialisten die Kandidatur eines Christdemokraten, Francesco Cossiga, akzeptierten, der den Platz eines so angesehenen sozialistischen Präsidenten – wie es Sandro Pertini gewesen war – einnehmen sollte. Zum zweiten, daß die Kommunistische Partei sich überzeugen ließ, diese Bewerbung gleichfalls zu unterstützen. Zum dritten – Konsequenz der anderen beiden Vorbedingungen – daß Cossiga im ersten Wahlgang mit 752 Stimmen (mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit) gewählt wurde, was nach der Wahl von De Nicola im Jahre 1948 nicht mehr vorgekommen war. Auch dies trug zur Stabilisierung des politischen Lebens bei und ermöglichte es Craxi, im Laufe des Herbstes zum langlebigsten italienischen Ministerpräsidenten zu werden, der alle Rekorde im Hinblick auf Amtszeiten der Nachkriegsregierungen schlug.

Das schwierige Verhältnis zu den europäischen Verbündeten

Auf der Suche nach einem Zusammenschluß mit den europäischen Partnern zur Wiederbelebung der Gemeinschaft sah sich Italien in gewissem Sinne ins Abseits gedrängt durch einen Vorschlag von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, den dieser in der Tageszeitung ‚Corriere della Sera‘ gemacht hatte und der eine französisch-deutsche ‚De-facto-Führung‘ vorsah, um die Gemeinschaft aus der anhaltenden Stagnationsphase herauszuführen².

Auf Schmidts Vorschlag antwortete, ebenfalls im ‚Corriere della Sera‘, Emilio Colombo, der betonte, daß es eine Sache sei, wenn Frankreich und Deutschland sich zum Motor der europäischen Neubelebung machten, eine andere aber, wenn sich eine juristisch definierte oder De-facto-Führung herausbilde, da in diesem Falle die Gemeinschaft nicht mehr diejenige sei, „als die wir sie in ihrem ursprünglichen Sinne verstanden haben“³.

Auch das italienische Außenministerium griff in der Person seines neuen Generalsekretärs Renato Ruggiero in die Debatte um die Notwendigkeit einer Achse Bonn–Paris ein, die als „negativ für eine ausgewogene, auf Vertrauen und Verantwortlichkeit aller Partner gegründete Konstruktion“⁴ bezeichnet wurde.

Ungeachtet dieser kritischen Haltung und trotz der offenen Ablehnung eines Zweierpaktes, der die übrigen Partner ausschließen würde, bewog das Wissen um die Bedeutung der deutsch-französischen Verständigung für die Zukunft Europas Italien dazu, die Zusammenarbeit mit den beiden Ländern verstärkt zu fördern, um zu europäisch orientierten und nicht bloß bilateralen Entscheidungen zu gelangen.

Nicht zufällig galten die ersten Kontakte Giulio Andreottis in seiner Eigenschaft als EG-Ratsvorsitzender dem französischen und dem deutschen Kollegen. Mit Genscher mußte zudem wieder ein gutes Einvernehmen hergestellt werden, das alle polemischen Nachwirkungen tilgen sollte nach der ‚Entgleisung‘ Andreottis über die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten; eine Episode, die allerdings auf europäischer Ebene nur sehr geringes Echo hervorgerufen hatte.

Die Neubildung der EG-Kommission und der Beginn der italienischen Präsidentschaft

Obschon es offensichtlich war, daß es eine besonders schwierige Phase im Leben der Gemeinschaft zu bewältigen galt, da einerseits einige unmittelbare und äußerst heikle Probleme, die nach dem Gipfeltreffen in Dublin offen geblieben waren, zur Lösung anstanden und andererseits zugleich die Grundlagen für eine Wiederbelebung der Integrationsbemühungen zu schaffen waren, begann Italiens Vorsitz im EG-Ministerrat am 1. Januar 1985 in einem allgemeinen Klima von Hoffnung und Erwartungen, das auch der gleichzeitigen Wachablösung an der Spitze des Exekutivorgans der Gemeinschaft zu verdanken war.

In den ersten Januartagen nahm die neue, personell weitgehend umgestaltete Kommission unter Vorsitz des ehemaligen französischen Superwirtschaftsministers Jaques Delors ihre Tätigkeit auf, ein Gremium, in welchem Italien trotz aller Ambitionen keine Zuständigkeitsbereiche erster Ordnung oder Schlüsselpositionen zu erringen vermochte. Wenn die Zuweisung des angestrebten Entwicklungshilferessorts an den neuerlich bestätigten Lorenzo Natali auch als Erfolg gewertet werden kann, so gab es für den Sozialisten Ripa di Meana den zweiten und neuen italienischen EG-Kommissar an Stelle von Antonio Giolitti, nur einen wenig beachteten Aufgabenbereich, nämlich den für institutionelle Fragen, Kultur und Tourismus.

Der neuen Kommission, von der man sich vor allem erwartete, sie werde die eher farblosen vorangegangenen vier Jahre vergessen machen, wurde seitens des Europa-Parlaments sofort ein großer Vertrauenscredit eingeräumt. Dieses sprach am 14. Januar mit 207 Ja- und 34 Neinstimmen bei 37 Enthaltungen dem neuen Exekutivorgan das Vertrauen aus, in einer ‚Investitur‘-Abstimmung, die eine oftmals von der Versammlung gewünschte Verfahrensneuheit darstellte.

Der italienische Außenminister Andreotti sprach Mitte Januar vor dem Europa-Parlament, um das Arbeitsprogramm seiner Präsidentschaft darzulegen. Seine lange Rede, die einerseits von Realismus geprägt war, da sie die Politik der ‚kleinen Schritte‘ zur Grundlage der italienischen Handlungsweise erklärte, ließ andererseits auch die Verpflichtung nicht vermissen, im Rahmen eines politischen Gesamtkonzeptes auf die Neubelebung des Europagedankens hinzuwirken.

Drei Hauptfronten nannte Andreotti, auf die sich die Aktivitäten Italiens konzentrieren würden: die derzeitige Ordnung der Gemeinschaft unter vorran-

giger Berücksichtigung institutioneller Reformen, die mit der Erweiterung der Gemeinschaft verbundenen Probleme, ihre Beziehungen nach außen hin und Fragen politischer Zusammenarbeit.

Was den ersten Punkt anbelangt, bekräftigte Andreotti, ohne die hier gebotene Vorsicht und Behutsamkeit zu unterschätzen, seine Absicht, eine intensive Diskussion über die Strategie zur institutionellen Neubelebung der Gemeinschaft zur fördern, wie sie in dem Entwurf eines Vertrages für die Europäische Union des Parlamentes in Straßburg vorgesehen ist, der als „nicht zu versäumende historische Gelegenheit“⁵ bezeichnet wird. Zu diesem Zwecke werde die italienische Präsidentschaft keine Mühe scheuen, um bis zum Juni eine Regierungskonferenz einzuberufen, deren Aufgabe sein solle, den Vertrag über die Europäische Union auszuhandeln und zwar auf der Basis eines „unzweideutigen Mandats, das hinreichend präzise formuliert sein muß, um zu vermeiden, daß die Folgearbeiten sich festfahren, wie es bedauerlicherweise in der Vergangenheit geschehen ist“⁶.

Bezüglich der unmittelbar zur Lösung anstehenden Probleme unterstrich Andreotti vor allem die Kernfrage des Haushaltes und erklärte, die italienische Regierung teile voll und ganz die Beweggründe, welche die Versammlung veranlaßt hatten, den Etat für 1985 zurückzuweisen; gleichzeitig sicherte er zu, die italienische Präsidentschaft werden sich für die Wiedereinführung des Prinzips des jährlich zu erstellenden Haushaltsplanes und für einen Ausweg aus der finanziellen Sackgasse einsetzen, möglichst durch eine vorgezogene Entscheidung über die Aufstockung der Eigenmittel.

Andreotti ging ferner auf mögliche Initiativen im Wirtschaftssektor und auf dem Gebiet der industriellen Zusammenarbeit ein, wobei er freilich sehr realistisch blieb und zugab, daß „die Knappheit der verfügbaren Ressourcen es derzeit nicht erlaubt, kostspielige Projekte industrieller Kooperation zu verwirklichen oder neue wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln“⁷. Nach den Worten des amtierenden Ratsvorsitzenden sollten jedoch „die naheliegenden Ziele“ nicht vernachlässigt werden, wie beispielsweise der Ausbau des Binnenmarktes, die Entwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, die Ausarbeitung einiger Programme auf dem Gebiet der neuen Technologien und vor allem die Wiederbelebung der währungs- und finanzpolitischen Kooperation.

Den Problemen der Erweiterung der Gemeinschaft widmete Andreotti in seiner Ansprache nicht viel Zeit; er beschränkte sich auf die Ankündigung, die Schlußphase der Verhandlungen beschleunigen zu wollen, um die letzten Schwierigkeiten noch in den ersten Monaten des Jahres 1985 auszuräumen. Ausführlich beschäftigte er sich hingegen mit Fragen der politischen Zusammenarbeit und der Präsenz der Zehn auf den Schauplätzen des internationalen Weltgeschehens.

Die italienische Präsidentschaft verpflichtete sich, so betonte er, „den Einsatz aller Mittel“ zu erleichtern, „die geeignet und angemessen sind, Europas Stim-

me Geltung zu verschaffen“. Der Außenminister ging insbesondere auf die Ost-West-Beziehungen nach Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen ein sowie auf die Lage im Nahen Osten, wo in einer bewegten und zugleich von Dialogbereitschaft gekennzeichneten Phase Europa nach Andreottis Meinung „jedes Element“ für eine Verhandlungslösung des arabisch-israelischen Konfliktes aufgreifen müsse, wobei allerdings „realistische Ziele“ im Auge zu behalten seien.

Die programmatische Rede Andreottis konnte von der Versammlung in Straßburg nicht anders als mit großer Zustimmung aufgenommen werden, dank der in ihr enthaltenen zahlreichen Hinwendungen zu Thesen des Europäischen Parlamentes. Für Altiero Spinelli gehörte Andreottis Ansprache sogar „zu den besten, die je in diesem Saale von einem amtierenden Ratspräsidenten gehalten wurden“⁸.

Italien und die sechs Monate seiner Präsidentschaft

Aus Andreottis Rede ging klar hervor, daß während des italienischen Ratsvorsitzes einige wichtige Neuerungen fällig wurden wie z.B. die mit der Erweiterung der Gemeinschaft auf Spanien und Portugal verbundene Aufstockung der Eigenmittel.

Keine dieser Entscheidungen war einfach oder selbstverständlich. Die Aufnahme Spaniens und Portugals, die grundsätzlich bereits auf dem Europäischen Gipfeltreffen in Dublin Ende 1984 beschlossen worden war, konnte jederzeit blockiert werden, sei es durch das Veto Griechenlands, sei es wegen der Unfähigkeit der anderen Länder, sich über die Erhöhung der Eigenmittel (und damit über die Billigung des neuen EG-Haushalts) zu einigen.

Der institutionelle Ausbau der Europäischen Union, theoretisch ebenfalls in Dublin schon in Grundzügen beschlossen, war auf die folgende Amtsperiode verschoben worden und lief nunmehr Gefahr, in einem Spiel sich kreuzender Vetos und nebulöser Vorstellungen unterzugehen bzw. in Streitigkeiten zwischen dem Europäischen Parlament und einigen weniger europäisch denkenden Staaten wie Griechenland, Dänemark und Großbritannien zu versinken.

Natürlich kann man nicht behaupten, daß es der italienischen EG-Präsidentschaft gelungen sei, alle anstehenden Probleme zu lösen. Hält man sich jedoch an die von Andreotti im Namen der Regierung vor dem Europa-Parlament abgegebene programmatische Erklärung, so ist deutlich, daß ein guter Teil der Versprechen eingehalten wurde.

Auf dem Europäischen Gipfeltreffen in Brüssel, zur Halbzeit des italienischen Mandats, stimmten die Staats- und Regierungschefs der Aufnahme Spaniens und Portugals endgültig zu, womit die Gemeinschaft auf zwölf Mitglieder angewachsen war: eine historische Entscheidung, die sicher manche Probleme aufwerfen mag, die jedoch ein für allemal das ständig wiederkehrende Thema der Süderweiterung der Gemeinschaft abschließt. Craxi konnte mit einiger Em-

phase verkünden: „Ich habe einen Windstoß von Euro-Entscheidungsbereitschaft gebracht und keiner hat es mir übelgenommen.“⁹

Im Mai wurde dann auch der Kompromiß über die Aufstockung der Eigenmittel erzielt, der den Mehrwertsteueranteil auf 1,4 % an hob (und eine spätere Steigerung auf 1,6 % vorsah). In diesem Falle war die Entscheidung sicher nicht gerade mutig: Eine einschneidende Erweiterung der Kompetenzen der Gemeinschaft hätte zu ihrer angemessenen Finanzierung in Wirklichkeit einer Erhöhung auf circa 2 % bedurft, bei gleichzeitiger Vorankündigung weiterer merklicher Anhebungen. Die gebilligte Erhöhung beschränkt sich hingegen darauf, den konkret angewachsenen derzeitigen Gemeinschaftsetat (mit den gegenwärtigen Zuständigkeiten) zu ‚decken‘, läßt aber die Frage der Finanzierung anderer Initiativen offen, Initiativen wie die eines europäischen Programmes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder die einer europäischen Hochtechnologie-Agentur (das von Mitterand im Juni vorgestellte Eureka-Projekt).

Auf internationaler Bühne legte die Gemeinschaft unter italienischem Vorsitz einen gewissen deklaratorischen Aktivismus an den Tag; bei den Außenministertreffen zur politischen Kooperation in Europa zeigte sich dies insbesondere in der Behandlung der Nah-Ost-Frage, in welchem Zusammenhang vor allem die vom jordanischen Herrscher und Arafat angeregte Verhandlungsinitiative befürwortet wurde. Ebenso erkennbar war diese Haltung in Debatten und Stellungnahmen zu Lateinamerika, Afghanistan, Südafrika, zum Horn von Afrika usw.

Dieser Aktivismus wurde zwar nicht in konkrete Initiativen umgesetzt (die zu ergreifen, mit auch nur geringen Erfolgsaussichten, objektiv schwierig war), er signalisierte jedoch die Rückkehr der EG auf die Schauplätze der internationalen Politik, was nach einigen Jahren praktischer Abwesenheit eine positiv zu bewertende Tatsache darstellte.

Zwei Initiativen stechen jedoch als konkreter faßbar hervor. Die erste besteht in dem geschlosseneren Auftreten der EG-Staaten anläßlich der Arbeiten der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung, die im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einberufen wurde. Dieser europäische Zusammenhalt bestätigte sich im folgenden auch in Helsinki bei der Konferenz zur Feier des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte.

Die zweite dieser Initiativen besteht in der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EG und dem Comecon zur Einleitung normaler wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen. Damit beendete die EG nicht nur in brillanter Weise und zu ihren Gunsten die langjährige sowjetische Polemik gegen die internationale Anerkennung der Gemeinschaft, sondern eröffnete auch die Aussicht auf neue und engere Beziehungen zwischen den einzelnen europäischen Comecon-Ländern und dem Westen.

Und schließlich war da das dornenreichste Problem: die institutionelle Gestaltung der Europäischen Union und die Einberufung einer Regierungskonfe-

renz zu diesem Ziele. Auch in diesem Falle ist ein gewisser Erfolg der italienischen Präsidentschaft zu verzeichnen, der um so bemerkenswerter ist, als er ohne die einmütige Zustimmung der wichtigsten europäischen Länder zustandekam. Im Gegenteil: auf dem EG-Gipfel in Mailand, Ende Juni, präsentierte sich Europa zersplitterter denn je: Deutschland, das sich plötzlich auf eine gegen die Gemeinschaft gerichtete Position versteifte (wegen einer überspitzten Wahrung der Interessen seiner Landwirte), Frankreich zerstreut und anscheinend vor allem an einem Europa variabler Geometrie interessiert, Großbritannien fixiert auf die Annahme seines Minimalprogrammes zur Förderung der Kooperation lediglich auf außenpolitischem Gebiet, und einige Länder wie Griechenland und Dänemark offenbar gegen jedwede Entscheidung welcher Art auch immer eingestellt.

All dies wurde auf dem Gipfeltreffen in Mailand in gewisser Weise mit der Entscheidung zur Einberufung der Regierungskonferenz gelöst, unter Einführung der nachgerade revolutionären Neuheit des Mehrheitsvotums. Diese Taktik war von Andreotti kurz zuvor in einem Interview mit dem *„Corriere della Sera“*¹⁰ angekündigt worden: „Eine solche Entscheidung (die Einberufung einer Regierungskonferenz, Anm. d.V.) bedarf, juristisch gesehen, keines einstimmigen Votums, auch wenn vom politischen Gesichtspunkt her diese Einmütigkeit höchst wünschenswert ist.“ Bei derselben Gelegenheit unterstrich Andreotti die ausnahmslose Unterstützung aller italienischen Parteien hinsichtlich der Einberufung einer Konferenz, die sich mit der geplanten Europäischen Union befassen sollte. „Ich bin mir der enormen Schwierigkeiten bewußt: wir werden diese nur überwinden können, wenn unser Handeln von klaren Absichten geprägt und ausgerichtet ist an dem Bewußtsein, weniger der uns gesteckten Verhandlungsspielräume, als vielmehr der Grenzen, die wir nicht unterschreiten können, ohne die Verpflichtungen zu verraten, die wir vor einem italienischen Parlament eingegangen sind, das in dieser Frage beispielhaft einig ist.“

Dies dokumentiert eine konsequente Handlungsweise, die im Einklang mit ihren europäisch-orientierten Zielvorstellungen und ihren innenpolitischen Voraussetzungen eine pro-europäische Grundhaltung bezeugt, welche bis zum heutigen Tage eine der bedeutendsten Konstanten italienischer Außenpolitik darstellt.

Italiens Schwierigkeiten im täglichen Leben der Gemeinschaft

Einige italienische Verhaltensweisen, die in auffälligem Gegensatz zu den wiederholten und engagierten Europa-Bekanntnissen der Regierungen standen, gefährdeten ernstlich die Glaubwürdigkeit des der Präsidentschaft zugeordneten Wirkens. Ausgerechnet wenige Tage vor Übernahme des EG-Vorsitzes durch Italien brachte der scheidende EG-Kommissar Antonio Giolitti die Tatsache an die Öffentlichkeit, daß Italien Gefahr liefe, von der Gemeinschaft bereits bewilligte Finanzmittel von über 500 Mrd. Lire zu verlieren, da die erfor-

derlichen Projekte zur Verwendung dieser Gelder nicht vorgelegt worden waren. Nicht zu reden von der Nichtbeachtung der Gemeinschaftsnormen oder von der Inkonsequenz, die Stärkung des Europäischen Währungssystems zu propagieren, ohne in irgendeiner Form Zeit und Modalitäten für die unerläßliche Zustimmung Italiens zu den vereinbarten Wechselkurs-Margen zu nennen¹¹.

Giolittis Vorwurf machte deutlich, wie schwierig es war, eine Tendenzwende in der italienischen Verhaltensweise herbeizuführen. Schwerwiegende Nichteinhaltungen und extreme Verzögerungen bei der Anwendung von Gemeinschaftsrecht, Verletzungen der Durchführungsbestimmungen von EG-Verordnungen und Verurteilungen durch den Europäischen Gerichtshof haben Italien längst einen schlechten Ruf eingebracht.

Italien ist nach wie vor das Land der Gemeinschaft, in dem die Anwendung von EG-Richtlinien am meisten zu wünschen übrig läßt. Hauptursache für diese Situation, die den europäischen Bestrebungen der Regierung manche Glaubwürdigkeit raubt, ist eine zermürbende Schwerfälligkeit der Bürokratie. Rund 148 Verordnungen der Gemeinschaft, EG und Euratom zusammengekommen, sind vom italienischen Staat noch nicht in die nationale Gesetzgebung übernommen worden. Diese Angabe bezieht sich auf den 31. Dezember 1985. Hinzu kommen die von der EG-Kommission gegen Italien eingeleiteten Verfahren wegen Nichtbeachtung des Gemeinschaftsrechts. In sechzig Fällen hat dies zu ‚Verzugs-Mahnschreiben‘ seitens des Exekutivgremiums in Brüssel geführt; in weiteren einundsechzig folgten diesen Schreiben zusätzliche Beanstandungen „mit eingehender Begründung“; in einundreißig Fällen schließlich endete die Auseinandersetzung mit der Anrufung des Europäischen Gerichtshofes¹².

Eine Selbstkritik des italienischen Parlaments über das schleppende Verfahren bei der Erarbeitung der Durchführungsgesetze kam aus den Reihen des eigens beim Senat eingerichteten ‚Ausschusses für Angelegenheiten der europäischen Gemeinschaften‘. Der Ausschuß, der die besorgniserregende Situation dem Präsidenten der Versammlung im Palazzo Madama zur Kenntnis brachte, sparte jedoch auch nicht mit Vorwürfen gegenüber der Regierung „wegen der Verspätung, mit der Gesetzentwürfe vorgelegt werden“, und wegen der versäumten Ernennung eines neuen Ministers für die Koordinierung der Gemeinschaftspolitik nach dem frühzeitigen Tode des Abgeordneten Loris Fortuna¹³.

Sorge über diese Zustände wurde von den betroffenen Organisationen geäußert. Die Vereinigung der Landwirtschaftsverbände verkündete in einem alarmierenden Schreiben: „Auch dies ist ein Verrat an den Idealen der Gemeinschaft“.

Die Verantwortlichkeit der nationalen Bürokratie geht jedoch noch über die mangelnde Anwendung von 148 EG-Richtlinien hinaus. Der Abgeordnete Roberto Costanzo, Führer der italienischen Christdemokraten in Straßburg, richtete vor kurzem eine Dringlichkeitsanfrage an den Kommissar für Agrarpolitik,

Frans Andriessen, in der er um Erklärungen bat für die gravierenden Verspätungen bei der Zuteilung lange fälliger Erstattungsbeiträge an die italienischen Landwirte. Die lapidare Antwort des Kommissars: die erforderlichen Unterlagen waren zu spät oder unvollständig oder überhaupt nicht eingetroffen. Und wenn die Brüsseler Organe Auskünfte oder ergänzende Informationen über die zu leistenden Zahlungen bei den italienischen Stellen anforderten, erhielten sie meist unzureichende oder ausweichende Antworten¹⁴.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu Gianni Bonvicini, Italien, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1984, S. 373–379.
- 2 ‚Corriere della Sera‘, 4.1.1985.
- 3 ‚Corriere della Sera‘, 12.1.1985.
- 4 ‚Corriere della Sera‘, 13.1.1985.
- 5 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Anhang Nr. 2–321, S. 119ff.
- 6 Ebenda.
- 7 Ebenda.
- 8 ‚Il Messaggero‘, 17.1.1985.
- 9 ‚Corriere della Sera‘, 31.3.1985.
- 10 ‚Corriere della Sera‘, 27.6.1985.
- 11 Die erweiterte Wechselkurs-Marge von 6 % für die Lira (für die anderen Länder waren lediglich 2,25 % vorgesehen) galt als zeitlich begrenzte Lösung, die schrittweise abgebaut werden sollte, sobald sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen Italiens an die der übrigen europäischen Länder angeglichen hätten.
- 12 Vgl. ‚Corriere della Sera‘, 12.4.1986.
- 13 Die Diskussion des Ausschusses fand am 13. März 1986 im italienischen Senat statt.
- 14 Il Nuovo Mercato Comune, Mai 1986.

Weiterführende Literatur

- Ferraris, Luigi Vittorio, Das Modell Europa aus italienischer Sicht, Saarbrücken: Europa-Institut der Universität des Saarlandes 1985.
- Vedovato, Giuseppe, Italienische Außenpolitik. Grundzüge, Entwicklungen, Analysen, Bonn: Europa Union Verlag 1984.